

Versicherungswirtschaft lockt Ein- und Umsteiger mit neuem Online-Stellenportal

Arbeitsplätze in der Versicherungsbranche bieten ein gutes Einkommen und Sicherheit. Genau das sind auch die wichtigsten Kriterien für die 18- bis 30-jährigen Bundesbürger, die kürzlich von YouGov zu ihrer Jobwahl befragt wurden. 62 Prozent von ihnen legen Wert auf einen ordentlichen Verdienst, 55 Prozent auf Sicherheit, dahinter folgen die Sinnhaftigkeit (32 Prozent), die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (28) und die Wohnortnähe (26).

Da ist es nur folgerichtig, dass zwei von fünf Angehörigen dieser Altersgruppe sich vorstellen können, in der Versicherungsbranche zu arbeiten. Diese Berufseinsteiger, aber auch Jobwechsler, möchten die Versicherer nun mit der Nachwuchsinitiative Werde #Insurancer „abholen“. Deren Kern bildet ein zentrales [Online-Stellenportal](#). Aktuell werden Tausende Fachkräfte gesucht, vor allem im Vertrieb. „Wer sich jetzt für eine Versicherungskarriere entscheidet, trifft auch in Corona-Zeiten eine Entscheidung für eine sichere Ausbildung, die manchmal direkt vor der Haustür liegt“, betont Oliver Brüß, Mitglied im Vertriebsausschuss des Versichererverbands GDV.

PIM-Gold-Anleger müssen 80 Prozent abschreiben – mindestens

Mit hohen Renditeversprechen hatte der Goldhändler PIM Gold Tausende Privatanleger angelockt und dann nach einem Schneeballsystem abgezockt. 7.000 Geschädigte haben Ansprüche auf 178 Millionen Euro angemeldet. Kürzlich erhielten sie eine erste Abschlagszahlung in Höhe von 7,5 Prozent ihrer Forderungen.

Die Verwertung der vorhandenen Edelmetallbestände sei „im Wesentlichen abgeschlossen“, teilte Insolvenzverwalter Dr. Renald Metoja mit. Nach jetzigem Stand dürfte die Insolvenzmasse insgesamt für nur 15 bis 20 Prozent der Verbindlichkeiten reichen.

Der Fall zeigt wieder einmal: Gold und garantierte Verzinsung bilden eine heikle Kombination. Die PIM-Gold-Drahtzieher hatten mit teils zweistelligen Renditen gelockt, die sie mit Altgoldkauf und -recycling generieren wollten. Tatsächlich wurden eine Zeitlang bloß Neukundengelder als „Zinszahlungen“ an Bestandskunden – und auf die Konten der Betrüger – überwiesen, bis die Blase platzte. Schon zuvor hatte es Skandale in diesem Anlagesegment gegeben.

28 Prozent Kassenbeitrag im Jahr 2040?

Mit einem Defizit von mehr als sechs Milliarden Euro schlossen die gesetzlichen Krankenversicherer das Pandemiejahr 2020 ab. Die Rücklagen aus besseren Zeiten dürften in diesem Jahr aufgezehrt werden, deutliche Beitragssprünge kündigen sich an. Wie hoch diese langfristig ausfallen könnten, hat das Wissenschaftliche Institut der Privaten Krankenversicherung (WIP) nun berechnet. Unterstellt man ein ähnliches Missverhältnis von Ausgaben- und Einnahmensteigerungen wie in den letzten 20 Jahren, würde der Beitragssatz (bei konstantem Bundeszuschuss) bis 2040 auf 23,3 Prozent steigen. Bei ungünstigerer

Entwicklung sind auch 28 Prozent denkbar. Heute liegt er bei 14,6 Prozent plus kassenindividuellen Zusatzbeitrag zwischen 0,4 und 1,9 Prozent.

Die Coronakrise verschärft zwar akut die Finanznöte der Krankenkassen, doch mittel- und langfristig schlagen vor allem die demografische Entwicklung und die Teuerung der Gesundheitsleistungen zu Buche. Die Menschen werden durchschnittlich immer älter und leben auch mit Erkrankungen viel länger als in der Vergangenheit. Dieser erfreuliche Trend lässt die Gesundheitsausgaben stetig ansteigen.

Sparen liegt europaweit im Trend

Rund 150 Milliarden Euro – 37 Prozent mehr als im Vorjahr – legten die Bundesbürger 2020 auf die hohe Kante. Die Coronapandemie mit ihren wirtschaftlichen Verwerfungen hat einerseits das Sicherheitsbedürfnis erhöht. Andererseits wurden und sind die Konsummöglichkeiten stark begrenzt, von Urlaub über Kultur bis hin zu Shopping.

In anderen europäischen Ländern machten die Sparbemühungen einen noch größeren Sprung: in Spanien um 38, in Frankreich um 72, in Großbritannien sogar um 170 Prozent. Der Eurozonen-Durchschnitt lag bei 48 Prozent. Und damit sind nur die neuen Einlagen auf Giro- und Sparkonten des Währungsraums erfasst. Dort liegen nun, den Niedrigzinsen zum Trotz, insgesamt circa 8,3 Billionen Euro. Hinzu kommen noch andere, renditestärkere Assets wie Aktien oder Sachwertanlagen.

Die Bundesbank vermeldete für 2020 einen Anstieg der Sparquote in Deutschland von 10,9 auf 16,3 Prozent, ein Rekordwert. In dieser angesammelten Kaufkraft liegt auch die – an den Börsen bereits eingepreiste – Erwartung begründet, dass die Konjunktur nach einer Normalisierung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens durch Nachholeffekte kräftig durchstartet.

Brandgefahr von E-Autos: Versicherer geben Entwarnung

Hartnäckig hält sich das Gerücht, dass von Elektroautos eine gegenüber Verbrennern deutlich erhöhte Brandgefahr ausgehe. Vereinzelt verbieten Kommunen deshalb den Elektromobilisten die Einfahrt in Tiefgaragen und Parkhäuser. Der Versichererverband GDV betont jedoch, dass es nach seinen Erkenntnissen keinen Grund für solche Maßnahmen gebe: „Aus unseren Statistiken gibt es keinerlei Hinweise, dass Elektrofahrzeuge häufiger brennen als Autos mit Verbrennungsmotor“, erklärt Alexander Küsel, Leiter der Schadenverhütung beim GDV.

Parkverbote für die batteriebetriebenen Autos seien daher ungerechtfertigt. Entscheidend für die Brandsicherheit einer Tiefgarage sei die Qualität des Brandschutzes, nicht die Antriebsart der dort untergestellten Fahrzeuge. Diese bürden zwar prinzipiell ein geringes Risiko, sich bei bestimmten Defekten selbst zu entzünden. Die Gefahr bestehe aber unabhängig davon ob, es sich um Stromer oder Verbrenner handelt. Letztere hätten wegen ihres gut entflammbaren Treibstoffs sogar eine höhere Brandlast.

Gehen die Zeiten niedriger Inflation ihrem Ende entgegen?

Im Januar wurde in Deutschland eine Preissteigerung von rund 1 Prozent gegenüber dem Dezember verzeichnet, im Februar sogar von 1,3 Prozent im Vergleich zum Vormonat. Das könnte den Startschuss für eine dauerhaft höhere Inflation markieren, die von vielen Volkswirtschaftlern erwartet wird. In den letzten Jahren blieb die allgemeine Teuerungsrate deutlich unter der von der Europäischen Zentralbank (EZB) angepeilten Marke von 2 Prozent.

Das könnte sich nun ändern, wenngleich allgemein nicht mit besorgniserregenden Preissteigerungen gerechnet wird. Ohnehin müsste die EZB mit höheren Zinsen gegensteuern, wenn die Inflationsrate längere Zeit und/oder signifikant über das 2-Prozent-Ziel hinausschießen würde.

Der jüngste Anstieg der Inflation geht zum Teil auf Sondereffekte zurück. So endete die temporäre Mehrwertsteuersenkung von 19 auf 16 bzw. von 7 auf 5 Prozent zum Jahresende und sorgte für einen Preissprung im Januar. Zudem erlebten die Heizölpreise zum Jahresanfang zweistellige Wachstumsraten.

Burn-out-Risiko erneut gestiegen

Laut einer Gallup-Umfrage fühlen sich 35 Prozent der Arbeitnehmer in Deutschland „innerlich ausgebrannt“. In den Vorgängerumfragen der letzten Jahre hatte dieser Wert noch bei rund einem Viertel gelegen. Womöglich hat die dauerhafte Arbeit im Homeoffice – mit ständiger Erreichbarkeit und sozialer Isolation – Anteil daran. Dafür spricht ebenfalls, dass die Fehlzeiten wegen psychischer Leiden wie Depressionen, Angst- und anderer Belastungsstörungen sich im Pandemiejahr 2020 gegenüber 2018 verdreifacht und damit einen Rekordwert erreicht haben.

Damit dürfte sich mittelfristig auch der Anteil der Berufsunfähigkeitsfälle weiter erhöhen, die auf die Psyche zurückgehen. Schon jetzt liegt er bei knapp einem Drittel, womit „Erkrankungen des Nervensystems“ den Hauptgrund für einen vorzeitig erzwungenen Ruhestand stellen. Im Falle einer Berufsunfähigkeit ist von der Rentenversicherung nicht viel zu erwarten. Trotz des hohen Risikos haben viele Erwerbstätige noch nicht privat für diesen Worst Case vorgesorgt.

BaFin soll „mehr Biss“ bekommen

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) glänzte in den vergangenen Jahren nicht mit der zuverlässigen Verhinderung von Finanzskandalen. Nachdem die Führungsspitze infolge der Wirecard-Pleite bereits das Haus verlassen musste, wurde nun vom Bundesfinanzministerium ein Sieben-Punkte-Plan verkündet, der den Finanzaufsehern „mehr Biss“ (O-Ton Ministeriums-Website) verleihen soll.

Auf der Liste finden sich eine intensiviertere Kommunikation mit Anleger- und Verbraucherschützern wie auch weiteren Marktteilnehmern sowie eine systematische Erfassung und Auswertung von Whistleblower-Informationen. Die noch zu besetzende Stelle des

Präsidenten oder der Präsidentin soll mit mehr Durchgriffsrechten ausgestattet werden, ebenso die Bilanzkontrolleure im Zuge einer Reform und personellen Aufstockung ihres Aufgabenbereichs. Zudem sollen versteckte Testkäufe die Beratungsqualität im Finanzsektor prüfen und sicherstellen. Bundesfinanzminister Olaf Scholz steht unter Reformdruck, da ihm von der Opposition und teilweise von den Koalitionspartnern eine Mitschuld an der suboptimalen BaFin-Performance der letzten Jahre zugeschrieben wird.